

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 9 (1895)

237 (10.10.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-254388](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-254388)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat (incl. Bringerlohn) 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitungsstelle Nr. 5009) vierteljährlich 2,10 Mt., für 2 Monate 1,40 Mt., monatlich 70 Pfg. erll. Bestellgeld.

Redaktion und Expedition:
Sant, Neue Wilhelmshavener Straße 30.
Telephon-Anschluß Nr. 58.

Inserate werden die fünfgepalte Corpusteile oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 237.

Sant, Donnerstag den 10. Oktober 1895.

9. Jahrgang.

Abonnements

auf das seit dem 1. Oktober im vorliegenden vergahtenen Format erscheinende

„Norddeutsche Volksblatt“

werden für den laufenden Monat noch fortwährend angenommen. Neueintretende Abonnenten erhalten den Roman „Nach Sibirien verbannt“ gratis nachgeliefert. Die Expedition.

Die Justiz im Dienste des Kapitals.

Ausland ist jung in der wirtschaftlichen Entwicklung, alt in der Beamtencorruption. So erklärt es sich, daß dort, trotzdem der Kapitalismus sich noch in seinen Kinderschuhen befindet, ihm mit der Naivetät alter Verderbtheit von dem faulerlich russischen Beamtentum ohne Scham und Scheu Scherzgedienste geleistet werden. Was da jetzt in einem Prozeß in Umsf wegen einer Arbeitseinstellung unter den Augen der schielenden Göttin russischer Gerechtigkeit vorgekommen ist, hat uneres Wissens in anderen Ländern noch kein Gegenstück gehabt. Man kann daraus erfahren, wohin es schließlich kommen muß, wenn sich die Justiz rüchellos in den Dienst des Kapitals stellt. Wie wir russischen Zeitungen entnehmen, spielte sich die Sache in Umsf, der Hauptstadt des westsibirischen Strepengebiets, ab. Ein gewisser Korofov hatte zur Ausführung von Schreinerarbeiten beim Bau des Bahnhofes eine Anzahl Schreiner aus Kasch-Komgorod beigeht. Die Arbeiter waren unzufrieden, weil sie zu früh zur Arbeit gemocht wurden und weil die Mittagspausen zu kurz waren; dann waren die Beleidigungen, welche ihnen für die geringsten Vergehen auferlegt wurden, so hoch, daß sie kein Gedn nach Vollendung der Arbeit in ihre Heimat mitzubringen hofften. Zudem erlitten sie, daß derselbe Korofov den Handlangern, welche er in Umsf mit dem Ausladen der Balken beschäftigt, einen viel höheren Lohn, nämlich 3 Mark pro Tag bezahlte, während sie im Durchschnitt 1½ Mark bekamen. Nachdem Korofov ihnen ihr Ersuchen, sie auch mit dem Parteiausladen zu beschäftigen, abschlug, stellten am 28. Mai von den 483 Arbeitern, die bei dem Bau des Bahnhofes beschäftigt waren, 19 Schreiner die Arbeit ein und verlangten von dem Korofov ihre Pässe zurück, um nach der Heimat zurückkehren zu können. Als Korofov die Pässe nicht herausgab, erhoben die Arbeiter durch den Rechtsanwalt Milonow bei dem Friedensrichter eine Klage gegen Korofov wegen Verletzung fremden Eigentums. Der Friedensrichter sprach

Korofov zwar von dieser Anlage frei, verurteilte ihn aber doch zur Auslieferung der Pässe an deren Eigentümer.

Darauf erhob die Eisenbahn-Gendarmarie-Vermaltung bei dem Friedensrichter gegen 9 Arbeiter Klage auf Grund des § 1358 des Strafgesetzbuches, welcher lautet: „Für eine Arbeitseinstellung auf einer Fabrik oder Manufaktur, welche verabredet worden ist mit dem Zwecke, die Fabrik- oder Manufakturbesitzer zu einer Erhöhung des Lohnes oder zu einer Änderung anderer Bestimmungen des Mietvertrages vor dem Ablauf der Frist dieses letzteren zu zwingen, werden die Schuldigen folgenden Strafen unterzogen...“

Die Klage wurde aber nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch gegen ihren Anwalt Milonow erhoben, welcher angeklagt wurde, die Arbeiter zum Streifen angehtit zu haben. Alle Angeklagten wurden von dem Friedensrichter freigesprochen, da er es nicht für erwiesen hielt, daß der Zweck der Arbeitseinstellung eine Änderung der Vertragsbestimmungen gewesen sei.

Nach diesem Urteil hatten die Behörden Bedenken, ob eine weitere strafrechtliche Verfolgung aus Anlaß der Arbeitseinstellung auf dem Bahnhof möglich ist, denn der § 1358 spricht nur von Arbeitseinstellungen auf einer Fabrik oder Manufaktur, der Bahnhof in Umsf ist aber weder das eine noch das andere. Doch wurden diese Bedenken zerstreut durch eine Dopfsche des Justizministers folgenden Inhalts: „Der § 1358 ist auch auf den Streik der Eisenbahnarbeiter anwendbar. Erheben Sie Klage.“ Diese Dopfsche, in welcher der Justizminister sich ohne weiteres über das Gesetz hinwegsetzt, wurde vorlesen in der Sitzung des Kreisgerichts in Umsf, in welcher die Sache nunmehr am 26. Juli auf Grund des Protokolls des Staatsanwaltes gegen das freisprechende Urteil des Friedensrichters verhandelt wurde. Das Kreisgericht hielt es für erwiesen, daß der Zweck der Arbeitseinstellung eine Lohnerhöhung war und verurteilte drei von den angeklagten Arbeitern zu einer Haft von einem Monat und die sechs anderen zu einer Haft von drei Wochen.

Milonow, der Rechtsanwalt der Arbeiter, wurde gleichfalls für schuldig befunden. Seinen Einwand, er könne nicht der Anführer zur Arbeitseinstellung gewesen sein, da er von derselben erst nachträglich Kenntnis bekommen habe, als die Arbeiter ihn mit der Führung ihres Prozesses gegen Korofov beauftragten, beantwortete das Gerichtsurteil mit der Erklärung, es sei nicht nur die Anführung zum Beginn eines Streiks, sondern auch die Anführung zu einer Weiterführung des

Streiks ein Verbrechen. Die Pflicht Milonow's sei gewesen, den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit anzurathen. Statt dessen hätte er beim Friedensrichter eine Verurteilung Korofov's zur Auslieferung der Pässe erzielt, was zur Folge hatte, daß einen Tag nach dieser Verurteilung 100 andere Arbeiter von Korofov die Arbeit eingestellt und ihren Arbeitgeber dadurch genötigt haben, ihnen den Lohn zu erhöhen. Dieser letztere Streik sei daher auch auf das Schuldkonto des Rechtsanwaltes Milonow zu setzen. Sein ferneres Vergehen bestehe darin, daß, obwohl er sich in der ersten Verhandlung bei dem Friedensrichter hätte überzeugen müssen, daß die Arbeiter vertragsbrüchig seien, er doch Berufung eingelegt habe gegen denjenigen Theil des Urtheils des Friedensrichters, durch welchen Korofov von der Klage des eigenmächtigen Verhältnisses mit fremdem Eigentum freigesprochen wurde. Als Anführer zum Streik wurde Milonow zu einer Haft von fünf Wochen verurtheilt.

Der geistreiche Einsall der Behörden und des Gerichtes in Umsf, den Anwalt von Angeklagten, die den Behörden mißliebige sind, für die gewissenhafte Ausführung seiner Anwaltpflichten als Mitschuldigen seiner Klienten auf die Anklagebank zu setzen und zu verurtheilen, dürfte die Bemerkung auch der deutschen Koalitionäre hervorgerufen.

Politische Rundschau.

Sant, 9. Oktober.

Das Staatsministerium trat gestern Mittag 2 Uhr unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Fürsten zu Hohenlohe-Schillingfürst zu einer Sitzung zusammen.

Der Bundesrath wird in seiner ersten Sitzung, zu welcher das Plenum am Donnerstag zusammentritt, meist Vorlagen formaler Natur und Verwaltungssachen, wie die Bildung der Ausschüsse, Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit u. dergl. zu erledigen haben. An Vorlagen sind dem Bundesrath außer dem Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs und dem Antlischen Waarenverzeichnis bereits wieder eine große Zahl von Petitionen zugegangen.

Eine theure Stimme. Im Bundesrath hat Preußen außer den ihm auf Grund seiner Bevölkerungszahl seiner Zeit zugetheilten Stimmen noch eine weitere Stimme für das Fürstenthum Waldeck. Dieses Ländchen befindet sich in preussischer Verwaltung und wird als selbstständiges Staatswesen (oder vielmehr als Fiktion

eines solchen) nur darum erhalten, weil Preußen bei einfacher Annexion die eine Stimme im Bundesrath verlieren würde und so weniger Aussicht hätte, diesem seinen Willen zu diktiert. Doch für die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes muß Preußen zahlen, und zwar ganz gehörig. Da Waldeck's Finanzen sehr unglücklich sind, mußte Preußen bisher auf Grund des sogenannten Konfessionsvertrages jährlich 310 000 Mt. Zuschuß für die Staatsausgaben zahlen. Im nächstjährigen Etat soll dieser Posten nun erhöht werden auf 400 000 Mt. Der preussische Steuerzahler hat also dafür, daß der Einfluß der preussischen Regierung im Bundesrath um 1/17 stärker ist, als er sonst sein würde, ein respektables Sammden zu entrichten. Aber was ist das nun nicht, um die erste Geige spielen zu dürfen!

Verjährung des Vereinsrechts in Sicht? Die „Vossische Zeitung“ theilt mit: „Nachdem der Reichsanwalt und Ministerpräsident Fürst Hohenlohe nach Berlin zurückgekehrt und auch der Urlaub fast aller übrigen preussischen Minister abgelaufen ist, dürfte demnächst ein Ministerialrat stattfinden, der sich mit der Frage beschäftigen wird, ob in Preußen eine Verjährung des Vereinsgesetzes in die Wege geleitet werden soll oder nicht. Bisher ist diese Frage, wie gegenüber anders lautenden Meldungen festzustellen ist, noch offen. Die Mittelung eines bayerischen Blattes, es sei eine Abänderung des preussischen Vereinsgesetzes nach dem Muster des bayerischen geplant, ist unzutreffend. Auch für den Fall, daß der Ministerialrat sich für eine Verjährung des Vereinsgesetzes grundsätzlich schließt, machen sollte, dürfte das bayerische Vereinsgesetz kaum als Muster dienen.“ Wir können es ruhig abwarten, was der Berg geboren wird.

Vom Kampf gegen die „Kette.“ Die „Magd. Volkszt.“ schreibt: „Genosse Baumüller bleibt in Hoff! In der Strafkasse gegen Baumüller benachrichtigt uns Herr Rechtsanwalt Heine, daß die Beschwerde gegen den Beschluß des königlichen Amtsgerichts Magdeburg zurückgewiesen worden ist.“ Natürlich! „Es kost der See und will kein Opfer haben.“ — Gegen den verhafteten Redakteur des „Sozialist“ in Berlin, Wigke, ist jetzt die Klage wegen Majestätsbeledigung erhoben worden.

Für die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Anwesenheitsrecht spricht sich in Cardens „Zukunft“ nun auch ein Reichsgerichtsrath, Dr. Stenglein, aus. Er meint, daß außerordentliche Zustände auch außerordentliche Maßregeln erfordern, und sagt u. A.: „Der Zustand, daß ein Theil der Staatsbürger nicht nur die

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verb.)

Sophia sah neben ihrem Verlobten, der so viel gesehen und zu erzählen hatte und den die Anwesenden immer mit neuen Fragen beschäftigten. Besonders Helena Nadstel, die auch unter dem Einfluß des Weines ihre feierliche Manier nicht ablegte. „Mit Schnucht haben wir alle“, redete sie, „den seligen Augenblick erwartet, wo Sie die Herrlichkeiten der Erde, die Ihre flammande Auge geschaun, gleich einem Panorama vor uns entrollen würden.“ Felix lächelte. „Ich gestehe, Freunde“, sagte er, „ich habe viel Schönes gesehen — freie Männer, edle Frauen, glückliche Länder und Völker, eine entzückende Natur — aber — zu meinem Schmerz muß ich es sagen — er wurde plötzlich ernst, als er diese Worte sprach — die letzten Bilder meiner Reise haben alle diese Einbrüche wieder ausgelöscht.“

„Du warst im Nothstandsgebiet?“ fragte Sophia. „Ja, Geliebte.“ „Meine Freunde“, wandte er sich darauf an die Anwesenden, „ich habe solches Gland gesehen, daß der bloße Anblick dieselben das Blut erheitert und das Herz zerstückelt. Das Hartberzigkeit selbst müßte erbeben vor solch graußiger Verzweiflung! Sie ist so groß, daß die Thränen versiegen und das Mitleid sich in

Grimm und Bitterkeit verwandelt! Ich sah Menschen, Gottes Ebenbilder, zu Gerippen abgehöhrt, mit Resten ehemaliger Kleidung bedeckt, zitternd vor Kälte und Schwäche, Wurzeln und Knochen verzehren! Ich sah Männer um ein Stück Brod sich anfallen, wie wilde Wölfe des Waldes. Weiber und Kinder lagen auf harten Stroß, nicht im Stande, ein Stied zu rühren, zu schwach, selbst, um zu essen. Männer, die wie Bestien heulten oder wie Hunde winselten, Jungfrauen, die — doch erlaßt mir die Schilderung dieses Graßlichen. Nur einmal noch will ich den Schleier meiner Erinnerungen lüften, um mit Flammenworten die Nation zur Erkenntniß dieses unerhörten Jammers zu zwingen. Ein furchtbarer Hüßfuß soll es werden, ein markerschütternder Schmerzensschrei, dieses Buch — o, daß ich es mit Blut schreiben und mit Feuer und Eisen in ihre Seele brennen könnte!“

Der Schriftsteller schleuderte diese Worte mit glühenden Wangen und blühenden Augen wie eine furchtbare Klage in die Gesellschaft. „Wie schön gesprochen!“ rief Helena, sich im Kreise umsehend, als wolle sie die Zustimmung der Uebrigen einholen.

Felix fuhr fort: „Wollte der Himmel, ich könnte alle Jene, die widerwärtig ihre paar Bettelgroschen den Wohlthätigkeitsportsmann in die Hute schreiben, um ihren Namen in der Zeitung zu finden, wollte der Himmel, ich könnte sie dahin führen, daß sie schauen, was ich gesehn, und bewundend die Ungerechtigkeiten menschlicher Einrichtungen erkennen!“

„Diese Leute befehrt das bloße Sehen nicht“, warf Valiein ein, „sie bleiben verhärtet, bis sie die Noth an eigenen Leibe spüren.“

„Weil sie nicht weit genug denken, um den Zusammenhang zwischen dieser Noth und ihrem Ueberfluß zu begreifen“, erklärte Demidof. „Die Regierung“, sprach der junge Schriftsteller weiter, „erkennt zwar die Nothlage, ist aber nicht im Stande, etwas zu thun. Es ist hier, wie überall, das falsche, verhängnisvolle System, es ist der Alles erdübende Absolutismus, der jede radikale Hilfe ausschließt. Es ist das falsche falsche System, welches die Polen in ihrem Vaterlande zu Patrias macht, welches die Juden mit der Grausamkeit des barbarischen Mittelalters vor die Thore des Reiches stößt, welches in den Ostprovinzen den Protestantismus und das Deutschthum verfolgt, welches die besten Kräfte des Landes nach Sibirien in eine entseufliche Verbannung schickt.“

„Aber warum erklären Sie dieses System mit dem Absolutismus für identisch?“ fragte der Kaufmann, „kann nicht auch ein absolut regierter Staat das Glück seiner Untertanen erzeugen oder zum Zwecke haben?“ „Gemeinsam konnte er das vielleicht“, entgegnete Felix, „aber er kann es nicht mehr, nachdem die Völker reif geworden sind. Wo dies der Fall ist, muß der Absolutismus fürchten, daß man über ihn zur Tagesordnung übergeht und er sieht deshalb keine Rettung nur noch in der Reaktion, im Niederhalten aller politischen und wirtschaftlichen Freiheit, in der Knechtung aller Intelligenz, in der Knechtung der Presse

und der Wissenschaft. Dadurch aber wird der größte Theil seiner Untertanen zu denkfähigen, klavischen Geschöpfen, die nicht über den Augenblick hinaus zu denken und sich weder wirtschaftlich zu erheben, noch aus unglücklichen Situationen einen Ausweg zu finden vermögen.“

„Aber kann der Absolutismus“, rief Viktor aufgeregt, „für alle Folgen, die hieraus entstehen, die Verantwortung übernehmen?“ „Er muß es, mag er wollen oder nicht.“ Eine Weile herrschte tiefes Schweigen in der kleinen Gesellschaft, so mächtig war der Eindruck, den die ersten, fast feierlichen Worte Bolshofski hervorbrachten. Endlich sagte der alte Sidorski: „Wird denn die Regierung auch die Wahrheit hören wollen?“

„Ich bemehle es“, meinte Demidof. „Um so schlimmer für sie“, erwiderte Felix. „Doch gleichviel, was entbündet doch nicht von der Pflicht, die Wahrheit zu sagen. Leiber bulbig man ja in unerer Zeit der verhängnisvollen Taktik des Vogels Strauß, der den Kopf in den Sand steckt, wenn ihn der Jäger verfolgt. Entgeht er dadurch dem Verfolger? Kein! Man schafft eine schlimme Thatsache nicht dadurch aus der Welt, daß man verheimlicht, sie heim rechten Namen zu nennen.“

„Ich glaube, viele Privilegierte wollen deshalb nichts von dem herrschenden Gland hören“, äußerte Viktor, „weil sie sich von Ades eigenen Wohllebens schämen müßten.“

(Fortsetzung folgt.)

bestehende Zustände als gänzlich verfehlt, als moralisch unhaltbar, als von der Mehrheit der Arbeiter theoretisch darstellbar, sondern dieser Arbeiterheit sogar das Recht beilegt, gemaltam ihre Utopien zu bestehenden Zuständen zu machen, der Mehrheit also Gebote aufzuerlegen; daß diese Arbeiterheit sich nicht scheut, Forderung am Leben und Eigentum Anderer als erlaubte Mittel gemaltamer Propaganda und des Prolettes gegen rechtlos Behandelnde zu rechtfertigen, sind Ausnahmezustände, deren Befähigung durch Ausnahmegelechte auszuführen zu wollen, sich nur durch eine Art von Begriffsverwirrung erklären läßt. Die Auslassung des Reichsgerichtsrates ist sehr bezeichnend für die Auffassung, welche bei Richtern an unserem höchsten Gerichtshof über das Weien der Sozialdemokratie herrscht; gemaltamer Umsturz, Forderung am Leben und Eigentum Anderer — das nimmt der ausnahmsgelechte Reichsgerichtsrath ohne Weiteres als Zweck der Sozialdemokratie an und baut darauf seine Deduktionen. Allerdings, wenn eine solche Kenntnis der sozialdemokratischen Bestrebungen am Reichsgericht verbreitet ist, darf man sich über die Urtheile in politischen Prozessen nicht wundern.

Der noble Herr v. Joller und das Fachmühlere Volkrecht. Während im bayerischen Landtage über die Fischmühlere Vorgänge verhandelt wird, soll nach einer Meldung der „Amberger Volkszeitung“ Herr v. Joller wieder mit den Fischmühlern wegen der Ablösung der Polvereite verhandeln. Er soll jetzt so viel bieten, als der Staat im gleichen Falle zahlte. Eigentümlicher Weise verfolgt er dabei aber die Zart, mit den Einzelnen zu verhandeln, was das genannte Blatt zu der Frage veranlaßt: „Handelt der Herr vielleicht mit den armen Fischmühlern?“ Was wird den Leuten schließlich übrig bleiben, als das freiberliche Angebot anzunehmen, wenn sie die Erledigung der Sache nicht noch auf einige Jahrzehnte vertagen lassen wollen. Unsere Reichspresse arbeitet in solchen Sachen nicht so schnell, als wenn es sich darum handelt, sozialdemokratische Säuber zur Strafe zu bringen.

Dammerstein als Reichsfinanzler. Zu der Äußerung eines Organs des Antidemokratienhauptlings Liebermann v. Sonnenberg, daß die Vergewaltigung Dammersteins „einen Zug in's Großartige“ hätte, macht der „Bormärz“ folgende Bemerkung: „Liebermann gehörte, wie zum besten Verständnis bemerkt sei, zu den eifrigsten Kreaturen Dammersteins“. Beide arbeiteten einander politisch immer in die Hände. Stöcker und Feufz schälten, wie Prediger Witte schon 1890 schrieb, ebenfalls zu dieser Kategorie. Dammerstein hat in diesen Kreisen erstnächst als beschnittener Reichsfinanzler; welche Stellung Stöcker einnehmen sollte, ist leider nicht ganz klar geworden, aber jedenfalls eine hervorragende. Liebermann pflegte bereits eifrig allerlei Stellen für dies Ministerium in spe an seine uraltheitschriftlich-ägyptisch-soziale Hammelherde zu verteilen. Leider ist nun der schöne politische Traum zerstückt.

Arbeitermangel auf dem Lande. Wenn unsere agrarischen Volksegläser nicht auf ihrer Duld sind, dann entlassen sie ihr schöne Ausbeuteerlese ganz ungern. Wie oft haben wir nicht gehört, daß die Grundbesitzer auch für die Arbeiter auf dem Lande ein Herz hätten und für deren ebenso, wie für ihr eigenes Interesse die Getreidepreise zu erhöhen strebten. Sie wollen selbst ein besseres Einkommen haben, damit sie die Löhne erhöhen können. Jetzt veröfentlicht nun die „Deutsche Tages-Zig.“ zusammen einen Artikel, der ihr von wertigegedachteter Seite aus Vorwornen zugehört. In dem heißt es: „Der Mangel an einheimischen Arbeitkräften kann nicht durch Verbesserung der Lage der ländlichen Arbeiter behoben werden, da in einer solchen Lage nicht feiner Grund hat. Der Grund des Mangels an Arbeitkräften auf dem Lande ist darin allein zu suchen, daß die heranwachsende Jugend, die Burden von 17 bis 18 Jahren und die Mädchen von 16 Jahren ab, von einem unabweisbaren Drange getrieben, nach den größeren Städten ziehen und daß die auf dem Lande ausgehenden Soldaten, nach Ablauf ihrer Dienstzeit, fast durchweg in den Städten bleiben, um ihnen allen genügende Gelegenheit zu Jertretungen gegeben wird, die das Land nicht gewähren kann. In den Städten finden die jungen Leute beiderlei Geschlechts Beschäftigung zu einem vom Landmann nicht zu erscheidenden Boarholde, der sie auch in die Lage setzt, manchmal tagelang zu feieren und ihrem Vergnügen nachzugehen, während auf dem Lande die Weiter-Verhältnisse jede Pause in der Arbeit mit Naturnothwendigkeit verbieten und zum Frumlungern keine Zeit bleibt. Der Mangel an einheimischen, ländlichen Arbeitern ist, um es beim richtigen Namen zu nennen, also wesentlich herbeigeführt durch die unbefchränkte Freizügigkeit.“ — Die naute, unverfährliche Reaktion! Wie lange werden die Landproletariate sich diese Vertretung ihrer „Interessen“ noch gefallen lassen?

Ceteris ceteris. Der neue österreichische Premierminister Badeni hat es höher an Kräfteparungen nicht setzen lassen, die seine Reichsregierung die nicht unbedingt zur Regierung haltenden Parteien scharfen Ausdruck gaben. Auch

in der Rede, die er vor seiner Abreise nach Wien den galizischen Großgrundbesitzern gehalten hat, sprach er in der scharfsten Weise von der Opposition; er nannte sie „scharfe Eindringlinge“, „Terroristen“, „verföhrende, aufwieglerische Elemente“, und bezeichnete die Verurthe, die galizischen Bauern zur Wahrung ihrer Interessen gegenüber dem Adel zu bestimmen, als „Aufbezeren“. Nicht minder bedeutend ist ein anderer Satz der Rede des Grafen Badeni. Er sprach nämlich die Ansicht aus, daß Galizien „trotz einer Reihe von politisch günstigen Jahren“ noch immer weit zurückgeblieben sei, und daß nur „eine länger anzuwendende Freigebigkeit des Staatsfchages“ Galizien auf gleiche Stufe mit den anderen Kronländern bringen könne. Das klingt nicht sehr verheißungsvoll für diejenigen Ceteris ceteris, die nicht das Glück haben, zugleich Einwohner des Königreiches Galizien zu sein. Galizien ist bekanntlich nach Dalmatien das ärmste Land der Monarchie; seine Steuerbilanz ist eine passive; es folgt mehr als ein einbringt. Ebenso bekannt sind die politischen Steuerdrücknisse und Steuerfraudationen. Seit Jahren haben es die Polen außerdem noch verstanden, die Unterführung, die sie der Zentralgewalt liehen, sich baar oder durch große Staatsarbeiten bezahlen zu lassen, deren Vortheile natürlich vom Adel als von Bürgern und Bauern eingezehrt wurden. Dieses System, wonach der österreichische Staatsfackel eine galizische Melasse ist, soll nicht bloß fortzuauern, sondern es soll jedenfalls noch wirksamer fruktifiziert werden; darum hat der neue polnische Premier gleich auch einen polnischen Finanzminister mitgebracht. Graf Badeni ist klug genug, um vorhergesehen zu haben, wie seine Rede wirken müßte; wenn er sie dennoch gehalten hat, so zeigt dies, was er sich und was er den politischen Parteien zutraut. Der liberale Presse, die soeben noch den Grafen Badeni als den Mann „der Politik des gesunden Menschenverstandes, der Gredtheit und Ehrlichkeit“ gefeiert hat, kommt die Rede natürlich höchst unangenehm, weshalb sie dieselbe entweder unterdrückt oder wenigstens nicht beiprucht. Die Tragweite der Rede wird dadurch nicht beeinträchtigt, die Liberalen werden es bald genug an sich erfahren.

Kopenhagen, 7. Okt. Der Reichstag wurde heute in üblicher Weise eröffnet. Beide Dinge wählten ihre bisherigen Präsidenten wieder. Im Folkething kündigte Krabbe einen Antrag zu den Grundgesetze-Bestimmungen an, betreffend die Bemilligungsgeleite, die Mitgliederzahl des Folkething und die Zusammenfassung des Reichsgerichts, nebst einem Antrag betreffend ein Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit.

Dänemark.

Stolzbrücke, 7. Okt. Streiktravalle. Die Lage des Ausstandes der Rattundbrücke ist sehr ernst geworden. 500 den Gewerkevereine nicht angehörige Arbeiter, welche von auswärts hierher geholt wurden, sind in den Fabriken verteilt. Volkshäufen umgingelten die Polizei-Gestorte, welche die nicht den Gewerkevereinen angehörigen Arbeiter zur Fabrik geleitete. Die Polizei-mannschaften wurden mit Steinen beworfen und machten deshalb von ihren Knütteln Gebrauch. Bei dem Handgemenge wurden mehrere Personen ernstlich verlegt. Es ist eine bedeutende Verstärkung der Polizeitruppe, mehrere hundert Mann, hier eingetroffen. Die Streikdrescher waren wahrcheinlich von dem „Bund für freie Arbeit“ gestellt.

England.

Stolzbrücke, 7. Okt. Streiktravalle. Die Lage des Ausstandes der Rattundbrücke ist sehr ernst geworden. 500 den Gewerkevereine nicht angehörige Arbeiter, welche von auswärts hierher geholt wurden, sind in den Fabriken verteilt. Volkshäufen umgingelten die Polizei-Gestorte, welche die nicht den Gewerkevereinen angehörigen Arbeiter zur Fabrik geleitete. Die Polizei-mannschaften wurden mit Steinen beworfen und machten deshalb von ihren Knütteln Gebrauch. Bei dem Handgemenge wurden mehrere Personen ernstlich verlegt. Es ist eine bedeutende Verstärkung der Polizeitruppe, mehrere hundert Mann, hier eingetroffen. Die Streikdrescher waren wahrcheinlich von dem „Bund für freie Arbeit“ gestellt.

Parteilag Sozialdemokratie.

(Fortsetzung.) Die Parteitagung (Vorstand und Kontrolleure) beantragen: Das Erscheinen des Wochenblattes „Der Sozialdemokrat“ vom 1. Januar 1901 als einzuftellen. In der Diskussion wendet sich Berard-Damburg gegen den Antrag auf Abschaffung der Arbeit- und Nachtarbeit im „Hamburger Echo“. Die Arbeitarbeit im Buchdruckergerichte nehme eine Ausnahmestellung ein. Die Buchdrucker seien sich selbst nicht einig über die Frage, was vorzugehen sei. Arbeitarbeit aber bestimmter Lohn. Er sei der Meinung, daß der gewisse Lohn die Lebenshaltung der Arbeiter bestränke. Die Sozialdemokratie habe aber die Pflicht, die Buchdrucker in ihrem Bestreben, eine bessere Lebenshaltung zu erzielen, zu fördern. Die Nachtarbeit im „Hamburger Echo“ sei notwendig, um den Verleihen am folgenden Tage den Reichstagsbericht bieten zu können. Hier-Berlin spricht für Abschaffung der Arbeitarbeit, die Nachtarbeit in Zeitungen abzuschaffen, ist nicht unbedingt möglich. Die Frage der Beurlaubung der Parteimitglieder müße endlich einmal zur Regelung kommen. Zurzeit sind sie geboten. Sonnenburg-Friedrichsdorfen tritt für Erhaltung des Zentral-Wochenblattes „Sozialdemokrat“ ein. Was die Beurlaubung der Parteimitglieder angeht, so sei er der Meinung, daß Jemand, der 3000 Mark beziehe und in Berlin wohne, auf die Parteitäteln gut und gering verdienen könne. Es sei ferner zu unterfuchen, ob der Unterfuchungsamt, den die Zweidrittel-Bandung durch die Parteibuchdrucker erstelle, nicht zu hoch sei. Die Arbeitarbeit sei unangenehm und beizubehalten. Timm-Berlin hat an der Redaktionsführung des „Bormärz“ Mängel anzuführen. Im Zentrale-Büro-Sollmar habe der „Bormärz“ seine eigene Meinung sagen müssen, ebenso in der Agrarfrage. Der „Bormärz“ habe sich auf das Jüdische fremder Stimmen bezieht. Das vertragen sie nicht mit der Stellung eines führenden Parteimitglieds. Ferner beklagt den schledchten finanziellen Stand des „Bormärz“, er müßte aber den Antrag auf Erhaltung des Wochenblattes nicht betrieuerten. Gleichwohl sollte der Teil eines eingestellt werden. Im Zentrale-Büro-Sollmar beklagt die Parteimitglieder, daß die Redaktion des Wochenblattes zu klein sei. Die Redaktion solle um einen Redakteur vergrößert werden.

Der Vorstehende Singsen will die besonders fröhlichen Ausweise des Boarders nicht rügen, aber gegen die letzte Aeußerung Vermehrung einlegen. Gied-Offenburg bringt zum einmal die Belvedere der Redakteur gegen Kurz zu Sprache. Joch Ähren will sich im vordem Bericht der Bormärz-Redaktion zu handeln, in rührender Solidarität hat sich aber der Gesamtverband für den Juchst des Briefes verantwortlich erklärt. (Beitrag zur: Mit nicht sein soll.) Die Schmezmüller und Mienenmann sind ja nicht vorwiegend gebunden an die Zentralorganisation und können etwa entgegen. Was ein Geschäftsmann im letzten Absatz (Beitrag), sondern ein Geschäftsverhältnis ist, können wir nicht sagen. (Große Heiterkeit.) Auch ist ein sehr verdienter Genosse und wir wollen den soll nicht zu erliegen, daß wir uns unter Kurz der eifrigen Gesellschaft überwiegen über die Kräftegenossen und Wünschen in letzten Absatz (Beitrag), sondern wir wollen von Vorstand sagen: „Mümmert Euch mit der Kontrollen, bestimmt, daß jeder Brief mehrere Unterfuchungen tragen muß und läßt einen solchen von fünfzig nicht mehr zu.“ (Beifall.) Ähren und Förster-Sonnenburg sprechen sich gegen die Beurlaubung der Nachtarbeit im „Hamburger Echo“ und im „Bormärz“ aus.

Fischer-Berlin stellt als Leiter der Parteitagung fest, daß diese vier Verhandlungs- so weit es nur möglich war, in Parteitägungen habe werden lassen. Bestimmte Schwerpunkte müßen aber markiert werden. Die Schwerepunkte der Redakteur würde der „Bormärz“ in einer Richtung zur Arbeitarbeit nicht fide gegen die Wünsche derjenigen, die man damit beglücken will. Die Buchdrucker wollen von der Abschaffung der Arbeitarbeit nicht wissen. In der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sei die Arbeitarbeit nicht abzuschaffen. Die Lösung der Beurlaubungsfrage angeht, so bin ich ja auch bereit und will ein paar Worte dazu sagen. Mir wäre es auch lieber, wenn ich der Lohn Notstands wäre und könnte der Partei ganz unangenehm sein. Ich wäre dem vollständig aus angeherem, denn der Heißel war vor dem meinetwegen. Ich bin bereit, die Partei nicht zu verlassen. Sie muß zu verlassen. Die ganze Frage ist für mich keine Selbstfrage. Wenn die Partei die Dürren-Lage nicht tragen könnte, würde ich mich nicht persönlich Cypher bringen. Die Partei ist aber leichter in der Lage, Cypher zu bringen, als der Einzelne. Die Kommission der Beiträge ist die: Jeder Parteigenosse, der über 3000 Mark Einkommen habe, habe den Beitrag betragen abzulehnen, eine andere Kommission, die die Inhaber von Reichstagsmandaten dafür an ihrem Selbstverpflichtung gestiftet werden. Sie müssen die Frage auch von der Seite der Übergabe betradten. Ich habe Ähren ausgeschrieben, ich würde mich viele Angriffe auf die Dauer nicht erwehren lassen. Ich will lieber bei mir stehen. Wenn der Parteigenosse zurück, die nur das Recht haben, zu raufkommen und behalte mich dafür, als Jüdische jeder anderen Bemerkung zu dienen. (vehementen Beifall.)

Reil-Wannhorn berichtet über den Streit der bürgerlichen Genossen in Sache Dr. Müllers. Er beklagt den zu großen Widerspruch der bürgerlichen Partei gegen die Parteimitglieder. Die Parteimitglieder sind in der Lage, die Parteimitglieder zu beurlauben, eine andere Kommission, die die Inhaber von Reichstagsmandaten dafür an ihrem Selbstverpflichtung gestiftet werden. Sie müssen die Frage auch von der Seite der Übergabe betradten. Ich habe Ähren ausgeschrieben, ich würde mich viele Angriffe auf die Dauer nicht erwehren lassen. Ich will lieber bei mir stehen. Wenn der Parteigenosse zurück, die nur das Recht haben, zu raufkommen und behalte mich dafür, als Jüdische jeder anderen Bemerkung zu dienen. (vehementen Beifall.)

Reil-Wannhorn berichtet über den Streit der bürgerlichen Genossen in Sache Dr. Müllers. Er beklagt den zu großen Widerspruch der bürgerlichen Partei gegen die Parteimitglieder. Die Parteimitglieder sind in der Lage, die Parteimitglieder zu beurlauben, eine andere Kommission, die die Inhaber von Reichstagsmandaten dafür an ihrem Selbstverpflichtung gestiftet werden. Sie müssen die Frage auch von der Seite der Übergabe betradten. Ich habe Ähren ausgeschrieben, ich würde mich viele Angriffe auf die Dauer nicht erwehren lassen. Ich will lieber bei mir stehen. Wenn der Parteigenosse zurück, die nur das Recht haben, zu raufkommen und behalte mich dafür, als Jüdische jeder anderen Bemerkung zu dienen. (vehementen Beifall.)

Verhandlungs-Tag. — Nachmittags-Sitzung.

Berlin, den 7. Oktober. In der von Singsen eröffneten Nachmittags-Sitzung gibt Kritik-Berlin den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 219 Wahlkreise durch 190 Delegierte und Delegierten vertreten. Zwei Mandate, das des Genossen Goebel-Mann und des Genossen Danken-Fischer für den Wahlkreis Friedberg-Kranzfeld sind von der Kommission für ungültig erklärt worden. Goebel ist in einer Berichtigungs-Sitzung, nicht in einer öffentlichen Versammlung, dessen überhaupt in seiner Berichtigungs-Gemählung worden. Drei außerdem noch vorliegende Proteste sind von der Kommission unberücksichtigt geblieben. Das Mandat des Dr. Müllers bietet die Kommission als nicht vorhanden zu betradten. Müllers ist „Frankfurter“ aber der Parteitag fruchtlos und betradt den Genossen Gied-Offenburg mit seiner Berichtigungs-Satz. Das habe die Kommission nicht für möglich. Die Entscheidung über das Mandat Goebels wird ausgestellt, da heute Abend Goebel noch einmal in einer öffentlichen Berichtigungs-Sitzung gemähl werden soll. Am Hebrigen befehligt der Parteitag dem Antrage der Kommission als gut.

I. Verhandlungs-Tag. — Nachmittags-Sitzung.

Berlin, den 7. Oktober. In der von Singsen eröffneten Nachmittags-Sitzung gibt Kritik-Berlin den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 219 Wahlkreise durch 190 Delegierte und Delegierten vertreten. Zwei Mandate, das des Genossen Goebel-Mann und des Genossen Danken-Fischer für den Wahlkreis Friedberg-Kranzfeld sind von der Kommission für ungültig erklärt worden. Goebel ist in einer Berichtigungs-Sitzung, nicht in einer öffentlichen Versammlung, dessen überhaupt in seiner Berichtigungs-Gemählung worden. Drei außerdem noch vorliegende Proteste sind von der Kommission unberücksichtigt geblieben. Das Mandat des Dr. Müllers bietet die Kommission als nicht vorhanden zu betradten. Müllers ist „Frankfurter“ aber der Parteitag fruchtlos und betradt den Genossen Gied-Offenburg mit seiner Berichtigungs-Satz. Das habe die Kommission nicht für möglich. Die Entscheidung über das Mandat Goebels wird ausgestellt, da heute Abend Goebel noch einmal in einer öffentlichen Berichtigungs-Sitzung gemähl werden soll. Am Hebrigen befehligt der Parteitag dem Antrage der Kommission als gut.

Die Diskussion vom Samstag wird fortgesetzt. Jüdische-Bürgerung beklagt sich über mangelnde Unterstützung des bürgerlichen Parteimitglieds seitens der Parteivorstände. Man habe 2000 Mark gefordert, Kurz habe das Geld fast abgeholt. Er wolle, daß er auf den Parteimitgliedern und seinen Zeitungen seinen Eindruck machen würde. (Beitrag.) Kurz trage eine fast beliebigere Zahl an Geld. Er schmeide die Darmstadt-Arbeitertheorie zu Schanden zu machen, denn wenn man mit Kurz verfahren müße, so müße man, der Reich müße noch sich abgeben. (Große Heiterkeit.) Die bürgerliche Partei halte ihre Presse für notwendig und habe mit allergrößten persönlichen Opfern das Organ zu halten grühd. Kern-Schweinfurt schlägt sich die Aufsichtungen des Boarders an. Der Vorstand habe mit der Ablehnung der Unterstützung einen schweren Fehler gemacht. Auf dem bürgerlichen Blatt beruhe die ganze Bewegung der Provinz Unterfranken. Der Parteitag solle beenden, daß mit den Eingängen der Unterfränkischen Parteimitglieder die dortige Bewegung auf Jahre hinaus gedehnt werden müße, deshalb habe man mit allen Mitteln das Organ zu halten grühd. Müllers ist noch immer notwendig, wenn auf die Dauer die Sache nicht zu halten.

Scheidlitz stellt den Parteivorstand gegen die Rechte der Parteimitglieder in Sachen Dr. Müllers. Der Vorstand hat den bürgerlichen Genossen nicht fernbildig grühd, das Blatt sei aus 1892 und 1893 mit 600 und 500 Mark unterhält gelehrt. Kurz habe sich, wie Jüdische erhalte, vorbehalten, so sei Kurz auch nicht der Parteivorstand. Genosse Kurz habe ihm eben gesagt, er habe Jüdische die Eingangszeit einer Berichtigungs-Sitzung verweigert. Jüdische habe sich bei der Vorstand nicht grühd, die Summe sei weit überhöhen worden, der „Sozialdemokrat“ sei nicht zu halten. Die 12. 14. März 1892, ebenso wie die relationalen Rechte des „Sozialdemokraten“ Boarders müßten dem Parteitag übergeben werden. Die Parteitagung beim „Bormärz“ könne nicht abgeschafft werden. Gied-Offenburg die Vorh, nicht, daß wir unter Kurz

geschäfte innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu einem Experimentierfeld für unsere idealen Bestrebungen machen können. Wir müssen mit der Konstitution rechnen. Der Parteitag enthält die große Unrichtigkeit unter dem Schein der Gerechtigkeit. Die Berichterlegung ist mit diesen Äußerungen verbunden. Der Parteitag, die Konstitution gerade sein soll, so muß er auch alle Freistimmungen treffen. Hier haben Genossen, die 5-10000 Mark Einkommen aus Vertriebsvermögen haben, die Löhne nicht auf die Dürren verzeichnen, was die armen Deutchen stellen müße. Ich will einige wenige Zahlen, falls sie nicht so ungenau über die Dürren sind. Aber die Mandatsprüfungskommission hat die Anforderungen an den Selbstbesitz der Abgeordneten. Verbehalte, Witzspäner außer dem Dunde, Wetzrausgaben für Wälder und Kleber zu. Hierfür ist die Frage der Parteimitglieder, der Parteimitglieder und dem Teil des Einkommens und letzten die die Beiträge ab.

Art. 6. Sitzung.

gegen die Parteimitglieder. Weiterer meinet: Es ist freilich richtig, der Arbeiter, der 15 Mk verdient, muß einen Gehalt abgeben, aber der Jüdische zu beurlauben, aber er bekommt den Gehalt ja wieder, denn er führt die Partei nicht, so würde er fast 15 Mark viel mehr, nur 12 Mark verdienen, weil dann die Macht des Kapitalismus noch größer wäre.

Nachmittag von 6 Uhr ab. Oberleit steht in der „Neuen Zeit“ die Gegenpartei des „Sozialdemokrat“ und glaubt, der „Sozialdemokrat“ könne weiter bestehen, wenn die Partei „Zeit“ in eine freie, unpolitische, unparteiische umgewandelt werden müße. Man möge den Parteivorstand erlösen, eine solche Umgestaltung mit dem Beilage der „Neuen Zeit“ ausführen. Sollen die Verhandlungen scheitern, so möge der Vorstand den „Sozialdemokrat“ erlösen lassen. Singsen-Berlin tritt für den Parteitag ein, der nur aus Parteimitgliedern gebildet sei.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt. Gied-Offenburg berichtet, daß die Parteimitglieder in Solingen endlich ihr Einverständnis haben.

Stollen-Damburg tritt den Anträgen auf Abschaffung der Nacht- und Arbeitarbeit im Interesse des „Echo“ und „Bormärz“ entgegen und ersucht für die besteinstimmige Ausfertigung der „Mittheilungen“ eine Berichtigungs-Sitzung anzuftellen.

Blod-Vorwurf bittet in Zukunft im Bericht des Parteivorstandes auch die Mandatsfragen von Parteien zu verzeichnen.

Gied-Offenburg stellt in der Parteitagung einen Antrag auf Abschaffung der Nachtarbeit und Arbeitarbeit im Interesse des „Echo“ und „Bormärz“ entgegen und ersucht für die besteinstimmige Ausfertigung der „Mittheilungen“ eine Berichtigungs-Sitzung anzuftellen.

Blod-Vorwurf bittet in Zukunft im Bericht des Parteivorstandes auch die Mandatsfragen von Parteien zu verzeichnen.

Gied-Offenburg stellt in der Parteitagung einen Antrag auf Abschaffung der Nachtarbeit und Arbeitarbeit im Interesse des „Echo“ und „Bormärz“ entgegen und ersucht für die besteinstimmige Ausfertigung der „Mittheilungen“ eine Berichtigungs-Sitzung anzuftellen.

Blod-Vorwurf bittet in Zukunft im Bericht des Parteivorstandes auch die Mandatsfragen von Parteien zu verzeichnen.

Gied-Offenburg stellt in der Parteitagung einen Antrag auf Abschaffung der Nachtarbeit und Arbeitarbeit im Interesse des „Echo“ und „Bormärz“ entgegen und ersucht für die besteinstimmige Ausfertigung der „Mittheilungen“ eine Berichtigungs-Sitzung anzuftellen.

Blod-Vorwurf bittet in Zukunft im Bericht des Parteivorstandes auch die Mandatsfragen von Parteien zu verzeichnen.

Gied-Offenburg stellt in der Parteitagung einen Antrag auf Abschaffung der Nachtarbeit und Arbeitarbeit im Interesse des „Echo“ und „Bormärz“ entgegen und ersucht für die besteinstimmige Ausfertigung der „Mittheilungen“ eine Berichtigungs-Sitzung anzuftellen.

Blod-Vorwurf bittet in Zukunft im Bericht des Parteivorstandes auch die Mandatsfragen von Parteien zu verzeichnen.

Gied-Offenburg stellt in der Parteitagung einen Antrag auf Abschaffung der Nachtarbeit und Arbeitarbeit im Interesse des „Echo“ und „Bormärz“ entgegen und ersucht für die besteinstimmige Ausfertigung der „Mittheilungen“ eine Berichtigungs-Sitzung anzuftellen.

Blod-Vorwurf bittet in Zukunft im Bericht des Parteivorstandes auch die Mandatsfragen von Parteien zu verzeichnen.

Gied-Offenburg stellt in der Parteitagung einen Antrag auf Abschaffung der Nachtarbeit und Arbeitarbeit im Interesse des „Echo“ und „Bormärz“ entgegen und ersucht für die besteinstimmige Ausfertigung der „Mittheilungen“ eine Berichtigungs-Sitzung anzuftellen.

Blod-Vorwurf bittet in Zukunft im Bericht des Parteivorstandes auch die Mandatsfragen von Parteien zu verzeichnen.

Gied-Offenburg stellt in der Parteitagung einen Antrag auf Abschaffung der Nachtarbeit und Arbeitarbeit im Interesse des „Echo“ und „Bormärz“ entgegen und ersucht für die besteinstimmige Ausfertigung der „Mittheilungen“ eine Berichtigungs-Sitzung anzuftellen.

Blod-Vorwurf bittet in Zukunft im Bericht des Parteivorstandes auch die Mandatsfragen von Parteien zu verzeichnen.

Gied-Offenburg stellt in der Parteitagung einen Antrag auf Abschaffung der Nachtarbeit und Arbeitarbeit im Interesse des „Echo“ und „Bormärz“ entgegen und ersucht für die besteinstimmige Ausfertigung der „Mittheilungen“ eine Berichtigungs-Sitzung anzuftellen.

Obd. Obduktion findet doch den Fall nicht in einer Kommissionsberatung zu erledigen. Auch der größte Berichter habe das Recht, sich zu vertheiligen.
Der Antrag Obd. wird abgelehnt.
Der Antrag Neil, Böble, Cummel wird mit großer Majorität angenommen.
Singer verliest einige Begrüßungs-Telegramme der Herren Lammert, Danmarks, Kornegans und der politischen Klassen in Wien und verliest die Sitzung auf Dienstag früh 9 Uhr.
Rittmohr Abend vereinigten sich die Delegierten bei einem großen Kommer.

Gewerkschaftliches.

An die Metallarbeiter aller Länder! In Gent (Belgien) haben in dem Etallemente Randersloer 350 Metallarbeiter die Arbeit wegen Lohnminderungen niedergelagt. 17-24jährige Arbeiter besagen bisher einen Lohn von 12-20 Centis pro Stunde verdienten. Aber dieser Lohn war den Unternehmern zu hoch, er sollte gekürzt werden. Zu unvernünftigen Genossen hartnäckigen Widerstand leisteten und sämtliche Metallarbeiter mit ihnen solidarisch erklärten, erfolglos Aussetzung. So sind nun 3200 Metallarbeiter in Gent ohne Arbeit, aber auch kein Entschlossen, den ihnen angetragenen Kompromiss anzunehmen. Jung nach Gent ist zu meinen; finanzielle Unterstützung tut nach! Genossen, beweißt Euch internationales Solidariertät durch die That!
Das internationale Informationsbureau der Metallarbeiter.
Gelder sind zu senden an den Sekretär des Exekutivkomites der belgischen Metallarbeiter: E. Vercor, Rue Raembrouck 16, Kolonieh St. Jean, Brüssel.

Aus Stadt und Land.

Sant. 9. Oktober.
Schredlicher Sturm hat in den letzten Tagen, wie bereits kurz gemeldet, auf der Korbeke gemüht und viel Schaden angerichtet. Verschiedene Schiffe waren genöthigt, Korkhaken anzulauern. Besonders jahrelang kommen diesbezügliche Nachrichten aus Curhaven. So traf vorgestern der englische Dampfer „Primata“, welcher mit einer Ladung Holz von Nordenham nach England bestimmt war, dort ein, weil er durch das Wetter verhalten worden war. Auch der Schooner „Sarah Evans“ und die holländische Sturk „Gerhardine“, die nach Nederveerwaard bestimmt ist, liefen Curhaven an. Der Dampfer „Dawards“, von Wiga nach Rotterdam bestimmt, ist durch furchtbare Stürme fast gesunken. Durch mehrere Turbulenzen, die über das Schiff woggingen, wurde die auf Deck verbaute Sololadung losgerissen und hat die Keelung und Verankerung eingedrückt, die Treppe zum Maschinenraum, sowie das Maschinenoberthut woggerissen und mehrere Stützen gebrochen. Von der Ladung sind 2000 Eichenbohlen und etwa 50 große Balken theils weggeschwemmt, theils durch die Mannschaft über Bord geworfen worden. Von der Besatzung sind mehrere Leute durch das treibende Holz an Händen und Beinen mehr oder weniger verletzt worden. Der Dampfer hat Curhaven als Korkhafen anlauen müssen. — Die holländische Bark „Heresse“, Kapitän Borg, mit einer Ladung Steinbohlen von Cardiff nach Vancouver bestimmt, ist ebenfalls durch schweres Sturmen auf See gelungnen und musste Notsignale abgeben. Der Schlepdpuffer „Pulsan“ hat das Schiff aus See nach Curhaven gebracht, wo es durch die Schlepdpuffer „Goliath“ und „Reher“ in den Hafen eingebracht wurde. Auch dieses Schiff hat außer dem Tod schweren Schaden an Deck erlitten. Die Ladung muß voraussichtlich gelöst werden. — Der Schooner „Beth“, von Opatzsham nach Brate bestimmt, hat auf See erlittenen Schaden an Steuer erlitten und mußte im Tau eines Sechschleppdampfers in Curhaven eingebracht werden.
Vom Theater. Nächsten Sonntagabend wird die Wilhelmsdamer Theatergesellschaft ein zweites Gastspiel im „Hotel zur Krone“ geben. Zur Aufführung gelangt das bekannte Suedermännle Schauspieler „Die Ehre“. Wir wollen wünschen, daß die Bemühungen der Direktion durch ein volles Haus entlohnt werden.
Betreffe der Unterhaltung der hilfsbedürftigen Unteroffiziere und Mannschaften, welche an dem Feldzuge von 1870/71 oder an dem vorhergehenden Kriege Antheil genommen, bringt das obenburgenische Staatsministerium hiedurch zur öffentlichen Kunde, daß die Frist für die Einreichung der Bewerbungsgehalte bei den großherzoglichen Aemtern und den Magistraten der Städte erster Klasse bis zum 31. Oktober d. J. einschließlich verlängert wird.

am 20. September die Begebau-Kommission eine Besichtigung der Wege und Bantetts, sowie über Aufstellung von Laternen vorgenommen habe. Es habe sich hierbei herausgestellt, daß eine Reihe von Kollegium früher gefasster Beschlüsse — Plasterung des Weges etc. etc. — vom Magistrat nicht ausgeführt worden sei und habe die Begebau-Kommission unter Würdigung dieses Umstandes beim Vorhande des Kollegiums beantragt, dieser möge den Magistrat um Entsendung eines Magistrats-Kommissars in die nächste, also gestrige Kollegiumssitzung ersuchen, damit derselbe einige Erläuterungen geben könne. Dem vom Vorhande gestellten Verlangen hat der Magistrat jedoch nicht entsprochen und bleibt somit der Magistrats-Kommissar für den ganzen Abend unbesetzt. Das Kollegium stimmt dann einstimmig den von der Begebau-Kommission gemachten Vorschlägen, bezüglich Aufstellung von Laternen, zu. In derselben Weise werden dann einige Bantettsachen geregelt. Zu Punkt 2 wird dem Fuhrunternehmer Witzmann in Loffens, der im laufenden Winter eine Verbindung zwischen Schnardersbörne und Nordenham herstellen will, ein Zuschuß von 50 Mark aus der Kämmereifasse bewilligt; 300 Mark bezahlt dazu der Amtsvorstand Putzdingen. Der 3. Punkt betrifft die Nachbewilligung eines Zuschusses zu den Kosten der Sedanfeier. Der Marineverein, im Auftrage Nahnberg, hat sich an den Magistrat gewandt, dieser möge noch 50 Mark hergeben, da dem Verein die Aufstellung eines Festwagens zu viele Kosten verursacht und er von der Kaiser. Welt nicht mehr erhalten habe. (Ach, diese „armen“ Patrioten. D. Red.) Das Kollegium stimmt der Nachbewilligung dabeitellus zu. Seiner Zeit hat das Kollegium 750 Mark zu den Kosten der Sedanfeier unter der Bedingung bewilligt, daß von einer Nachbewilligung keine Rede sein dürfe. Einigen hiesigen Einwohnern wird daraufhin auf ihr Gefühl das Bürgerrecht ertheilt. Im Punkt Verschiedenes kommt der Vorhande noch einmal auf die Wichtigkeit eines Magistrats-Kommissars zurück. Bürg. Vorh. Dräger möchte gerne wissen, in wie weit und wie hoch der Fiskus zur Grund- und Gebäudesteuer eingekürzt sei und wie hoch von dieser zur Schulumlage herangezogen werden könne. Eine Debatte darüber entspringt sich nicht und werden auch keine Beschlüsse gefaßt. Anlässlich des letzten Brandes hat sich herausgestellt, daß die Wert nur auf Requisition der Stadt bzw. des Magistrats ihre Spritzen herausgibt. Der Magistrat soll erlucht werden, bei der Wert vorstellig zu werden, daß diese ihre Spritzen bei Brandfällen in der Stadt ohne vorherige Requisition hergibt. Etwas entsetzliche Kosten an Materialschaden usw. müssen selbstredend von der Stadt getragen werden. Einem Gesuch der Anwohner in Lohbrinken um Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten für den Anschluß an die Wasserleitung kann das Kollegium vorläufig nicht entsprechen, da diese Angelegenheit eine einheitliche Regelung bedarf. Schluß der Sitzung.

Von der Marine. Der von dem Kreuzer „Adoc“ abgelößte Velagungstheil ist unter Führung des Kapit. Leuts. Grapow (Fram) mit dem Norddeutschen Floosdampfer „Stettin“ am 8. Okt. in Sorabaya auf Java angekommen und wird am 9. Okt. nach Singapore weitergehen, von wo die Fortsetzung der Heimreise nach Bremerhaven mittels des Reichspostdampfers „Oera“ erfolgen soll. — Das Kreuzergeschwader ist jetzt wieder auf eine Stärke von 6 Schiffen gebracht: Panzerkreuzer „Raiser“, Kreuzer 2. Kl. „Irene“ und „Prinzess Wilhelm“, Kreuzer 3. Kl. „Arcona“, Kreuzer 4. Kl. „Gormoran“ und „Ranonenbo“, „Itis“, mit einer Besatzung von 1900 Mann. Der Aviso des Manövergeschwaders „Jagd“ ist durch den Nord-Ostsee-Kanal nach Kiel gegangen. Die Panzerkreuzer „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, „Brandenburg“ und „Börsing“ folgen in dieser Woche, sobald die Reparaturen an dem zur Zeit im Dock liegenden „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ beendet sein werden. Das zur 1. Division gehörende Panzerkreuzer „Weißbunz“ bleibt vorläufig in Danzig zurück, da an dessen Maschinen Verbesserungen getroffen werden. Das Vermessungsfahrzeug „Albatros“ hat außer Dienst gestellt. Die Vermessungsarbeiten erstrecken sich in diesem Sommerhalbjahre vorwiegend auf das untere Stromgebiet der Elbe von dem Eintritt des Kanals in dieselbe an, deren Schiffahrt seit der Eröffnung des Kanals für die Kriegsmarine und Handelsmarine erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Auch im nächsten Sommer werden die Vermessungsarbeiten hauptsächlich auf die Unterelbe ausgedehnt werden. Das Panzerkreuzer 3. Klasse „Friedrich der Große“ ist nach einer längeren Reparatur auf der hiesigen Werft in die zweite Klasse gestellt, desgleichen der Kreuzer

3. Klasse „Sophie“, dessen Ausrüstung die Danziger Werft befolgt hat.
Jeder. 8. Oktober.
Steuer-Hebung. Die Einkommensteuer pro Mai bis einschl. Oktober 1893, eine Stadtanleihe, 53 Prozent der Gesamtsteuer und 17 Prozent der Grund- und Gebäudesteuer, ein Armenbeitrag, 45 Prozent der Einkommensteuer zur Hälfte, eine Schulumlage, 25 Prozent der Grund- und Gebäudesteuer, und 80 bis 92 Prozent der Einkommensteuer zur Hälfte, eine Straßenanleihe, 3 Pfa. von der Mark Steuerkapital der Grundstücke und Gebäude, eine Wegeanleihe, 21 Proz. der Grundsteuer, eine Banergeländliche Seelanleihe, 1,80 Mk. pro Hektar des städtischen Landes, die Wirtschaftsabgabe, die Sporteln, Gebühren und Brudgelde sind vom 8. bis einschl. 30. d. M. an die Stadtämmerie zu entrichten. Hebungstage: Dienstag, Mittwochs, Donnerstags und Freitags von Morgens 9 bis Mittags 1 Uhr. Pflüchtig zu den hiesigen Abgaben ist jeder Bewohner, Gesellen und Diensthofen eingeschlossen.

Oldenburg. 8. Oktober.
Die Rettungshandlungen der Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüder sind im verflochtenen Jahre 13 mal mit Erfolg tätig gewesen. Im Ganzen sind 74 gefährdete Menschleben gerettet worden, 71 durch Boote und 3 durch Raketenapparate. Die Zahl der seit der Begründung der Gesellschaft durch deren Gerathschaften geretteten Personen ist damit auf 2182 gestiegen. Die Zahl der Rettungshandlungen beträgt jetzt 115. Davon befinden sich 71 an der Hise, 44 an der Korbeke. Die Zahl der Beiratsvereine beträgt unverändert 59, und zwar 24 Küsten- und 35 Binnen-Beiratsvereine. Die Gesamt-Einnahme der Gesellschaft belief sich auf 264.736 Mk. Die Jahresbeiträge betragen von 49.528 Beitraglern 142.759 Mk. Außerordentlichen Beiträgen sind eingegangen 70914 Mk., hiervon aus Sammelbüchern 20659 Mk. Die Gesamtsumme des verflochtenen Jahres betrug 183.153 Mk. Zwei Gaben von je 400 Mk. für die beiden besten Rettungen in der Zeit vom 1. Juli 1893 bis 30. Juni 1894 gelangten an den Kapitän J. Siegel, Führer des Bremer Dampfers „Zonant“, und an den Kapitän V. Ager, Führer der Holstener Bark „Angolona“, zur Vertheilung. Den Preis von 200 Mk. hat die Rettungsgesellschaft des Funtenbagerer Rettungsbootes „C. Eckardt“ erhalten. Von den seinerzeit in Aussicht genommenen 28 Fernsprecherverbindungen sind 25 hergestellt. Die Kosten haben bisher 15.498 Mk. betragen. Die Sturmfluten des letzten Winters haben auf mehreren Stationen große Verwüstungen angerichtet und die Wiederherstellung der Schäden werden einen Kostenaufwand von 7000 Mk. erfordern.

Berne. 9. Oktober.
Eigentümlicher Zufall. Ein jüdischer Kaufmann Namens Koopmann schenkte vor einiger Zeit der jüdischen Gemeinde einen Friedhof. Der Zufall wollte es, daß gerade der Schenker der Erde feyn mußte, der am heutigen Tage dort beerdigt wird.

Bramsche bei Osnabrück. 8. Oktbr.
Von der Textilbranche. Schon des Oeseters haben wir die Lage der hiesigen Textilarbeiter und Arbeiterinnen geschildert, aber besser ist es leider noch nicht geworden. Im Gegentheil. Zwar ist man ja immer leicht bei der Hand zu bekommen, die Leute werden ausgebetet und dadurch musivieren. Nun, wenn die Leute unzufrieden werden, so liegt das nicht an Aufhebung, sondern an ganz etwas Anderem. Wir wollen nicht verschleiern, immer und immer wieder die Bedeute dafür zu liefern. Beispiels: In einer Fabrik wurden kürzlich die Arbeiter bestreikt, die Arbeiter und Arbeiterinnen mußten mehrere Tage feiern, entgeltlich wird das natürlich nicht. Wenn aber die Arbeiter 'mal in die Lage kommen, aus irgend welchem Grunde nicht zur Arbeit gehen, ohne die Bewilligung dazu zu haben, so müssen dieselben den Unternehmern dafür entlohnen. In Form von Strafzahlungen. Wenn man nicht iren, was es dieses irrtum, die gegenseitig der letzten Werktagsschicht einer Anzahl Arbeiter, die um 4 Uhr Nachmittags zur Nacht gingen und Abends zurückkehrten, um den Lohn in Empfang zu nehmen (es war Sonntag), müßten sich. „Sie müßten sich ihren Lohn nun vom Hebel holen.“ Ein anderes Bild: Vor einigen Tagen kommt eine Spalierin aus einer Fabrik zu uns und erzählt uns, daß mehreren Spalierinnen eine erhebliche Lohnunterzahlung in Theil geworden für das Pfund Garn habe es theils 1 Pf., theils 2 Pf. Abzug gegeben. Auf unsere Frage, wie viel Pfund sie wohl verwendet hätte im Tage, erklärte dieselbe, daß sie wohl in 40 Pf. komme. Das macht also einen Ausfall von 40 resp. 80 Pf. pro Tag. Gern ist recht dazu angethan, die Arbeiterinnen zu werden. Ein drittes Bild: Wie wir durch Jungen berichten können, ist in einer hiesigen Fabrik die Beschäftigte für jugendliche Arbeiter eingestellt. Das heißt, es handelt sich nicht bloß darum, daß für irgend welches Verbrechen den Jungen 'mal ein hinter die Ohren gedrückt wird, nein, nach den Regeln der Kunst wird dem in ein Copier mit dotationsinstrumenten beauftragt. So man schlößt denn, wodurch erheblich zu wirken? Wir könnten diesen Strauß noch weiter hinhängen, wollen es uns jedoch für heute genug sein lassen. Und noch sagen Arbeiter und Arbeiterinnen dann Ersünderweise werden sie ob ihrer Lage musivieren, ohne daß sie verhebt werden. Aber sie müssen es eben ertragen, sie sind gegenüber dem Kapital machtlos, weil sie nicht organisiert sind. Die müssen sich schon gefallen lassen, daß ihre Löhne vom Jahr zu Jahr sinkender wird, wenn nicht bald daran gedacht wird, einen

Schnappsalz zu bauen, nämlich eine feste Organisation, die das Recht der Arbeiter und Arbeiterinnen umfasst. Mag bald eine bessere Einsicht klar greifen, nämlich die: Reineinsetz viel zu nichts, vernünftig ist zu fast.
Kiel. 8. Oktober.
Durchbruch von Reich durch den Nord-Ostsee-Kanal. Die von der Regierung in Schleswig erlassene Verfügung betreffend die Durchfuhr von Reich durch den Nord-Ostsee-Kanal, lautet: Mit Ermächtigung des Herrn Reichskanzler für Landwirtschaft, Gärten und Forsten wird die Durchfuhr von Reich aus Tondern und Schonen durch den Nord-Ostsee-Kanal (insoweit nach betriebl. als nach fremden Zöllen) vom 1. Oktober ab unter nachstehenden Bedingungen gestattet: 1. Zöllerliche Abfahrgelder während der Fahrt von den Schiffen nicht entrichten, insoweit nicht in das Kanalregister gemeldet worden; 2. Personen, welche mit der Boierung und Besetzung des auf dem Zöllen befindlichen Thores zu thun haben oder sonst mit Betrieben in Verbindung kommen, dürfen während der Fahrt durch den Kanal das Land nicht betreten. 1. Jan. 1900 der Kontrolle der obigen Zölle hat ein Ankerthaler jedes mit Zöllen betragene Schiff während der Fahrt durch den Kanal auf Kosten des Schiffers zu begleiten.

Darburg. 7. Oktober.
Eine Untersuchung wegen Völkerei. Derlei hatte kürzlich eine Vorbereitung zu bestehen. Es soll die Beteiligung in der am 8. August hietzgehenden Konferenz besagen haben, indem er ausführte: „So wie Ende 1878, der da lagte: „Wir steigen auf das Sozialistengesicht“, so denkt die Sozialdemokratie auch heute; und heute man sagt selbstmörder.“ In diesem letzten Satz soll die Beteiligung liegen. Gegen den hiesigen Bericht ist ebenfalls eine Untersuchung wegen Völkerei eingeleitet.

Vermisshetes.
Verhätterter Derreter. Auf dem Bahnhof in Eilist kam kürzlich ein ehemaliger Eulor an, der in dem Festungsfestung wegen Delection internirt wurde. Der Mann hatte sich nach der Delection 4 1/2 Jahre als Schneidermeister in Brasilien aufgehalten. In der Absicht, sein väterliches Erbeheil im Betrage von 1500 Mk. zu erheben, kehrte er nach Schlesien zurück und wurde in Breslau verhaftet.
Ein jüdischer Wort wurde an dem Lehrer Kuron zu Kolatsh in Kreis Ratibor verhebt. Die Leiche des Unglücklichen wurde im Walde in die Erde ausgehaucht und einseitig vertheilt aufgefunden. Von dem Täter ist keine Spur vorhanden.


Widhändler durch Polizei-Beamte. Die Schutzeute Dermann Mück und Mathias Buchen aus M. Gladbach wurden angeklagt, bei Ausübung ihres Amtes eine Körperverletzung ausgeübt zu haben. Dieselben hatten einen jungen Mann in roher Weise mißhandelt, ihn dann auf einen Ziegelsteinhaufen geworfen und dort beunruhigt liegen gelassen. Jeder dieser Beamten wurde von der Strafkammer Düsseldorf zu 5 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Eine verlockende Offerte findet sich in einer der letzten Nummern des „Berl. Lokalanz.“: „Zummer gesucht. Als Mitspieler für Lotterielosungen suchen wir, um endlich zu gewinnen, einen wirklich Dummen. Derselbe hat Fähigkeiten nachweis zu führen, indem er bis zum ersten großen Gewinn das Lotterielosung auslegt. Offerten unter M. B. 300.000 Postamt V.“

Breslau. 8. Oktober. Der sozialdemokratische Parteitag beschloß in der heutigen Nachtmitztagssitzung, den für morgen Nachmittag anberaumten Kommer nicht abzuhalten, da die Polizei die meisten für denselben geplanten Ausführungen verbot, dafür sollen morgen Nachmittag die Graben Valfalle's, Kreider's und Kaiser's besetzt werden. Hierauf wurde in die Beratung des Agitationsprogramms eingetreten.
Münster i. Westf., 8. Oktober. In der letzten Nacht war die Polizei durch Gendarmen verstärkt worden. Die Beamten mußten mit der blanken Waffe vorgehen, wobei einzelne Verwundungen vorkamen. Die besseren Elemente ziehen sich von den Ausschreitungen zurück.
Wetzlar. 8. Oktober. Die von dem Kaufmann Carl Roach, der in Berlin am 17. Mai 1893 wegen Beleidigung des früheren Justizministers Schelling, des Direktors der Romalialabteilung des auswärtigen Amtes Dr. Kayser, des Reichs. Geh. Legationsraths v. Eichhorn und des Auswärtigen Amtes zu 15 Monaten Gefängnis verurtheilt war, eingewirkte Revision wurde verworren.

Wien. 8. Oktober. Der Ministerialrat im Ministerialpräsidentium Schiel ist mit der Leitung des Präsidentschreibens betraut worden. — Wie das Fremdenblatt erzählt, entbehren die Meldungen über Aenderungen im Konzeptionsrath der Amtsgesellschaften bisher jedweder thatsächlichen Grundlage.

Cunition.
Für die Familien der im Offener Weinsteinsproß Verurtheilten gehen femer bei uns ein: V. 19 durch d. 5. Nr. Derselbe gültig 9/9, 40 Nr., in Summa 514, 40 Nr. Für den Passivenden erhalten: Ungarnamt 3 Nr.
Die Redaktion

Wulf & Francksen		Einschlüssige Betten Nr. 8		Einschlüssige Betten Nr. 10		Einschlüssige Betten Nr. 10b		Einschlüssige Betten Nr. 11		Einschlüssige Betten Nr. 12	
		aus grün-roth gestreiftem Körper mit 16 Pfund Federn.		aus roth-grau gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.		aus roth-bunt gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.		aus rothem od. roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbdaunen.		Oberbett aus rothem Daunenpulver, Unterbett aus roth Atlas mit 16 Pfd. Daunen u. Federn.	
Oberbett	7,-	Oberbett	10,25	Oberbett	13,50	Oberbett	17,50	Oberbett	22,-	Oberbett	22,-
Unterbett	7,-	Unterbett	10,25	Unterbett	13,50	Unterbett	17,50	Unterbett	22,-	Unterbett	20,50
2 Rissen	5,-	2 Rissen	7,-	2 Rissen	9,-	2 Rissen	10,-	2 Rissen	12,-	2 Rissen	12,-
	Mt. 19,-		Mt. 27,50		Mt. 36,-		Mt. 45,-		Mt. 54,50		Mt. 61,-
Zweischlüssige Mt. 23,50		Zweischlüssige Mt. 31,-		Zweischlüssige Mt. 40,50		Zweischlüssige Mt. 50,50		Zweischlüssige Mt. 61,-		Zweischlüssige Mt. 61,-	
Ausstellung fert. Betten.											

